Demonstrationen in Chemnitz

Chemnitz, 10. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Noch stärker als am Sonnabend waren gestern vormittag und auch am Nachmittag die Demonstrationen in Chemnitz. Am Nachmittag glich die ganze Umgebung des Rathauses einem Heerlager. Polizeistiefel sausten über den Marktplatz, berittene Polizei zog im ganzen Umkreis um das „gefährdete" Rathaus. Starke Polizeiketten hielten die umliegenden Straßen des Marktes besetzt und gingen immer wieder mit Gummiknüppeln und Karabinern gegen die Demonstranten vor.

Provokateur schießt

Ein gutgekleideter Herr zog in der Kronenstraße eine Pistole und gab zwei Schüsse ab, die eine völlig unbeteiligte Frau trafen. Ein Polizeibeamter stürzte auf den Schützen zu und schwang den Gummiknüppel. Im gleichen Augenblick erschien der bekannte Kriminalkommissar Jobst und lenkte durch lautes Rufen die Aufmerksamkeit des Polizeibeamten auf sich, so daß der Schütze in der Menge verschwinden konnte. Ohne Zweifel war dieser Schütze ein Provokateur, der die Aufgabe hatte, Zusammenstöße mit der Polizei herbeizuführen.

Unterstützungsauszahlung erzwungen

Chemnitz, den 10. Mai. (Eig. Drahtber.)

In 12 Gemeinden haben die Wohlfahrtsempfänger und Erwerbslosen bereits die Auszahlung der vollen Unterstützungssätze erzwungen. Unter dem Druck der Massen und dem Protest der Betriebsbelegschaften sahen sich die Bürgermeister dieser 12 Gemeinden genötigt, die Anweisungen der Schlichtregierung unberücksichtigt zu lassen.

Gestern gelang es den Erwerbslosen in Hartmannsdorf und Siegmar ebenfalls die Auszahlung der vollen Unterstützungssätze zu erzwingen. In Hartmannsdorf zogen die Erwerbslosen vor das Rathaus und verlangten stürmisch die Auszahlung der restlichen Unterstützungssätze der vergangenen Woche. Bis in die Nachmittagsstunden dauerte die Protestaktion, worauf der Bürgermeister die Auszahlung anordnete. In Siegmar waren die Erwerbslosen den ganzen Tag auf der Straße.

Aus Chemnitz wurde Polizeiverstärkung nach Siegmar geschickt. Gummiknüppelattacken gegen die Erwerbslosen wurden durchgeführt. Trotz aller Maßnahmen der Polizei blieben die Erwerbslosen auf den Straßen und steigerten ihre Aktionen durch die Einbeziehung der Betriebsarbeiter.

In besonders großem Ausmaß von Aktionen kam es in Limbach und Mittweida, wo die bürgerliche Presse mitteilt, daß die Polizei wiederholt mit Steinen und Briketts beworfen wurde. Auch in Markersdorf und Taura versammelten sich die Erwerbslosen vor dem Gemeindeamt. Auch hier wurde Chemnitzer Polizei gegen die Erwerbslosen eingesetzt.

In weiteren vier Gemeinden wurden durch die Massenaktionen der Wohlfahrtsempfänger am Freitag und Sonnabend die Auszahlungen der vollen Unterstützungssätze erzwungen. Es sind dies die Gemeinden Burgstädt, Burkhardtsdorf, Ruhdorf und Göppersdorf.

Wohlfahrtserwerbslose im Kampf

Annahmeverweigerung der gekürzten Unterstützung

In Eibenstock verweigerten bei der letzten Auszahlung der Wohlfahrtsunterstützung die Wohlfahrtsempfänger die Annahme der Unterstützung und forderten die vollen Sätze. Das Rathaus war von 6.30 bis 12.30 Uhr von den Wohlfahrtsempfängern, den Erwerbslosen, von Frauen und Kindern belagert und die Eingänge besetzt. Die Kinder waren der Schule fern geblieben und demonstrierten im Ort durch Sprechchöre für die Forderungen ihrer Arbeitereltern.

Eine Delegation, die von den Anwesenden gewählt wurde, verhandelte mit dem Bürgermeister, der jedoch die Forderungen abwies. Ein Ueberfallkommando der Chemnitzer Polizei erschien gegen Mittag und besetzte das Rathaus. Auf dem städtischen Sportplatz fand eine wuchtige Erwerbslosenversammlung statt. An dieser Versammlung beteiligten sich alle Erwerbslosen, selbst die Nazis und Stahlhelmer. Auch die sozialdemokratischen Arbeiter waren anwesend. Nach Schluß der Versammlung formierte sich ein Demonstrationszug. Zwei Drittel der Erwerbslosen haben ihre Unterstützung nicht abgeholt.

Alle Bauten stillgelegt

Seit Sonnabend stehen alle Baustellen in Weißenfels geschlossen im Streik. Unter Führung des roten Verbandes haben Organisierte und Unorganisierte, Reichsbannerleute, SPD- und KPD-Arbeiter den Kampf mit Einbeziehung der Lehrlinge aufgenommen.

In Hohenmölsen streiken die Bauarbeiter seit acht Tagen.

Glasarbeiter für internationale Einheit

1. Grenzkonferenz der deutschen und tschechischen Glasarbeiter. Der Auftakt zu gemeinsamen Kampf unter Führung der RGO gegen Unternehmer und reformistische Verräter

Am Sonnabend und Sonntag fand in Dresden die erste Grenzkonferenz der Glasarbeiter Deutschlands und der Tschechoslowakei statt. Aus allen Teilen der Tschechoslowakei, aus Thüringen, der Lausitz und dem Dresdner Bezirk waren die Vertreter der Glasarbeiter zusammengekommen, um die internationale Verbindung im Kampf gegen die Unternehmeranschläge herzustellen.

Nach dem Referat des Genossen S. als Vertreter des Internkoms der Fabrikarbeiter über die Lage der Glasarbeiter in der ganzen Welt und die Notwendigkeit, durch internationalen Zusammenschluß dem Angriff der Glasbarone einen festen Wall entgegenzusetzen, kamen die Delegierten zu Wort.

Die deutschen Kollegen zeigten auf, wie in allen Glasbetrieben die Unternehmer vorstoßen. Lohnabbau, Stillegung, erhöhte Antreiberei sind an der Tagesordnung. Ungeheuerlich ist der Verrat der reformistischen Gewerkschaftsführer und ihrer Trabanten.

In der Lausitz und in Thüringen haben Gewerkschaftsangestellte und Betriebsräte den Unternehmern Urlaubsverzicht vorgeschlagen, um die Betriebe mit dem Urlaubsgeld der Arbeiter zu sanieren. Durch Massenstillegungen sind zirka 80 Prozent aller Glasarbeiter dem Elend und dem Hunger ausgeliefert worden.

Die Delegierten aus der Tschechoslowakei, aus dem Teplitzer, Gablonzer, Prager und Mährisch-Ostrauer Gebiet schilderten den Kampf der Glasarbeiter gegen Unternehmer, reformistische Bürokratie und Staatsapparat. Von 749 Glasfabriken der Tschechoslowakei sind 600 vollkommen stillgelegt.

Ein mustergültiges Beispiel vom Kampf gegen den Verrat der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, die Arm in Arm mit dem Unternehmertum gegen die Lebenshaltung der Arbeiter vorgehen, berichtet ein Delegierter aus Mähren. Die Einheitsfront aller Glasarbeiter hat unter Führung der Kommunisten alle Angriffe der Glasbarone, der reformistischen Gewerkschaftsbonzen und des Staatsapparates zurückgeschlagen. Die Massen stehen geschlossen hinter den revolutionären Betriebsausschüssen.

Stillegung, Lohnabbau und andere Verschlechterungen wurden durch siegreiche Streiks zurückgeschlagen. So haben die mährischen Glasarbeiter unter Führung der Kommunisten den Arbeitern der ganzen Welt ein Beispiel des Kampfes in geschlossener Einheitsfront gegeben.

Nach kurzem Schlußwort wurden den streikenden polnischen Glasarbeitern in Petrikau und den russischen Glasarbeitern Begrüßungstelegramme übermittelt. Ein aus je zwei Vertretern, Deutschland und der Tschechoslowakei, zu dem noch ein Vertreter Polens kommt, bestehendes Grenzkomitee der Glasarbeiter zur Herstellung der internationalen Einheitsfront wurde einstimmig gewählt.

Die Konferenz stellte eine Reihe von Kampfforderungen auf, die gemeinsam von den Glasarbeitern erkämpft werden sollen und stellte damit den ersten Schritt zur internationalen Einheit her. Mit dem Gelöbnis, alle Glasarbeiter zum gemeinsamen Kampf gegen die Glasbarone und ihre reformistischen Lakaien zu mobilisieren, wurde die Konferenz geschlossen. (Wir berichten noch ausführlich. D. R.)

Möbeltransportarbeiter streiken

In Berlin geschlossener Streik. Rote Einheitsfront gegen 18 prozentigen Lohnraub

Am Montagmorgen traten die Berliner Möbeltransportarbeiter gegen einen Lohnabbauschiedsspruch, der ihnen 10 bis 13 Prozent Lohnabbau bringen sollte, geschlossen in den Streik. Der Streik steht unter Führung der oppositionellen Branchenleitung des Gesamtverbandes.

Am Sonnabendabend war durch den Schlichtungsausschuß ein Schiedsspruch gefällt worden, nach dem ab 1. Juni der Lohn für unständige Arbeiter von 9,80 Mark auf 8,50 Mark, d. h. um 13,3 Prozent, und für ständige Arbeiter von 49 Mark auf 44 Mark wöchentlich, d. h. um 10 Prozent, gesenkt werden sollte. Alle Nebenpositionen, wie Sondervergütungen für Flügel- und Geldschranktransporte usw. sollen um 50 Prozent abgebaut werden. Für Ueberlandtransporte soll das sogenannte Kilometergeld nicht mehr wie bisher für Entfernungen über 30 Kilometer, sondern nur noch für Entfernungen über 50 Kilometer bezahlt werden.

Den Unternehmern genügt dieser unerhörte Schiedsspruch noch nicht, sie haben ihn abgelehnt und wollten ab Montagfrüh nur noch einen Lohn von 7,50 Mark für die unständigen Arbeiter zahlen.

Als der Lohnabbauschiedsspruch bekannt wurde, ergriff die oppositionelle Branchenleitung sofort die Initiative zur Organisierung des Streiks. Noch am Sonntag wurden die Funktionäre der einzelnen Firmen aufgesucht und alle Maßnahmen für den Streikbeginn am Montag besprochen.

Am Montagfrüh forderten die Belegschaften vor Arbeitsantritt sofort von den Unternehmern die Weiterzahlung des alten Lohnes. Als das abgelehnt wurde, wurde der Streik überall einheitlich aufgenommen.

Das Beispiel der Berliner Möbeltransportarbeiter, die durch unermüdliche Aufklärungsarbeit die Grundlage für die Einheitsfront aller vom Lohnraub betroffenen Arbeiter hergestellt haben, muß in allen Betrieben Nachahmung finden. Nur durch gemeinsamen Kampf aller sozialdemokratischen, parteilosen und kommunistischen Arbeiter gegen die Vorstöße des Unternehmertums kann der Sieg errungen werden.

Streik auch in Danzig

Seit dem 2. Mai stehen die Speditionsarbeiter Danzigs geschlossen im Streik. Die Unternehmer forderten einen 20prozentigen Abbau des Zeitlohnes und einen 50prozentigen Abbau der Leistungszulagen.

Die Speditionsarbeiter haben sich eine einheitliche Streikleitung aus Mitgliedern des Einheitsverbandes sowie des Gesamtverbandes und aus unorganisierten Kollegen gewählt.

Die Parteiarbeiter Dresdens tagen

Ueber 700 Funktionäre nehmen zur Organisierung außerparlamentarischer Kämpfe durch Schaffung der roten Einheitsfront Stellung

Im großen Saal des Keglerheims tagte gestern die große Parteiarbeiterkonferenz der KPD Dresdens. Mehr als 700 Parteiarbeiter waren erschienen, um aus den gewaltigen Massenkampagnen der letzten Zeit, der Reichspräsidentenwahl, dem Volksentscheid und der Preußenwahl, vor allem aber aus den gegenwärtigen außerparlamentarischen Kämpfen der Bauarbeiter und anderer Arbeitergruppen die Lehren zu ziehen, die für unsere Arbeit in den nächsten Tagen und Wochen ausschlaggebend sind.

In einem mehrstündigen Referat verstand es der Genosse Ferlemann in glänzender Weise die Generallinie der Partei, besonders in der Frage des Kampfes gegen die SPD und die Nationalsozialisten, sowie in der Frage der Anwendung der revolutionären Einheitsfrontpolitik im Sinne des Aufrufes des ZK der Partei und des Reichskomitees der RGO herauszuarbeiten.

Ausgehend von den parlamentarischen Illusionen und Stimmungen, die bei einzelnen Genossen in der Partei zum Ausdruck gekommen sind, zeigte der Gen. Ferlemann auf, daß die Partei alle ihre Handlungen und Arbeiten vom Standpunkt des außerparlamentarischen Kampfes der Arbeiter in den Betrieben und an den Stempelstellen beurteilen muß. In diesem Sinne sind alle Beschlüsse der Partei zu bewerten und durchzuführen. Davon ausgehend muß auch der schärfste Kampf gegen alle opportunistischen Erscheinungen und gegen alle Angriffe auf die Generallinie der Partei geführt werden. Die Partei ändert nicht ihre Linie, sondern geht dazu über, sie noch kühner, noch offensiver und konkreter, entsprechend der Situation anzuwenden.

Das zeigt besonders der Aufruf des ZK der Partei und des Reichskomitees der RGO, der keine Aenderung unserer Politik, sondern bei gleichzeitiger Verschärfung des Kampfes gegen SPD und Nazis, uns die Möglichkeit gibt, alle Arbeiter, ganz gleich welcher Richtung und welcher Organisation sie angehören, zum gemeinsamen Kampf zu mobilisieren. Die Schaffung einer einheitlichen Kampffront gegen den Lohn- und Unterstützungsabbau, gegen Faschismus und imperialistischen Krieg, das ist die entscheidende Aufgabe, die in der jetzigen Situation vor uns steht.

Sozialistischer Wettbewerb mit UdSSR

Im Mittelpunkt der Diskussion, die dem mit starkem Beifall aufgenommenen Referat folgte, stand der Wettbewerb, der dem Dresdner Unterbezirk einschließlich der Massenorganisationen von den Arbeitern und Kollektivwirtschaften des Westgebietes (Smolensk) der UdSSR vorgeschlagen wurde.

Das Sekretariat des Unterbezirks Dresden hat dem Wettbewerb zugestimmt und die Organisationen aufgefordert, ihre Bedingungen auszuarbeiten, damit der Abschluß des Vertrages durch den zur Zeit in der Sowjetunion weilenden Genossen Oswald Rentzsch vorgenommen werden kann.

Die siegreiche Organisation des Unterbezirkes wird eine Delegation nach Smolensk entsenden, die dort die Uebergabe der 1929 gestifteten RFB-Fahne vornimmt.

Hierzu müssen alle Organisationseinheiten sofort Stellung nehmen. Es kommt jetzt darauf an, die Beschlüsse des 2. Bezirksparteitages schnellstens in die Tat umzusetzen. Der Wettbewerb mit Smolensk bietet die beste Gelegenheit, um unseren russischen Brüdern, bei denen alle Organisationen schon um die Dresdner Fahne wetteifern, zu beweisen, daß die deutschen revolutionären Arbeiter bolschewistische Arbeit zu leisten versuchen.

Es wurde vorgeschlagen, bis zur Fortsetzung der Parteiarbeiterkonferenz in allen Organisationseinheiten Stellung zu nehmen und die Wettbewerbsvorschläge auszuarbeiten.

Die Parteiarbeiterkonferenz wird nicht am Freitag, sondern am Donnerstag, dem 12. Mai, 19.30 Uhr, fortgesetzt. Tagungslokal: Bürgergarten, Lübecker Straße.

Die Antwort auf das Verbot des Freidenkerverbandes!

Massenaustritte aus der Kirche

Die Protestwelle steigt. Schulstreik gegen das Verbot

Das Verbot der proletarischen Freidenker-Verbände hat in der Hamburger Arbeiterschaft eine große Protestaktion ausgelöst, die in Massenaustritten aus der Kirche zum Ausdruck kommt. Allein am 6. Mai haben auf einem einzigen Standesamt 30 Arbeiter und Arbeiterinnen ihren Austritt aus der Kirche erklärt. Die Arbeiter marschierten mit einem Schild: „Wir treten aus der Kirche aus!" geschlossen zum Standesamt. Die Polizei beschlagnahmte unterwegs das Schild. Dem Zuge schlossen sich viele Passanten an.

Protestversammlung der Ifa Pirna

In einer Versammlung des Ifa-Kartells Pirna, die von über 300 Personen besucht war, wurde eine Protestentschließung gegen das Verbot des Verbandes proletarischer Freidenker angenommen, der auch die anwesenden Funktionäre des deutschen Freidenkerverbandes zustimmten.

In einer Genossenschaftsversammlung in Dresden-Löbtau, die zur Anteilerhöhung des Konsumvereins „Vorwärts" Stellung nahm, wurde ebenfalls eine Entschließung angenommen, die gegen das Freidenkerverbot protestiert und seine sofortige Aufhebung fordert.

In einer Vollversammlung des roten Ortskartells in Lauta, protestierten die Mitglieder aller dem Kartell angeschlossenen Organisationen gegen das Verbot des Freidenker und rufen die Massen zum Kampf gegen die Notverordnungsdiktatur auf.

Protestversammlung der Naturfreunde

Die Dresdner Naturfreunde (Opposition) nahmen in ihrer letzten Mitgliederversammlung, die von 350 Personen besucht war, auch zum Verbot des Verbandes proletarischer Freidenker Stellung. Einstimmig wurde eine Protestresolution angenommen.

Eine Funktionärsitzung des Stadtteils Dresden 2 der KPD nahm ebenfalls eine Protestresolution an, in der die Funktionäre geloben, alle Kräfte zum Kampf gegen Notverordnungsdiktatur zu mobilisieren.

Schulstreik gegen Freidenkerverbot

Am Freitag sind die bekenntnisfreien Schulen Dortmund-Brakel und Dortmund-Scharnhorst fast geschlossen in den Streik getreten. Der Streik steht unter der Losung: „Gegen das Freidenkerverbot, für Schulspeisung, für freie Lehr- und Lernmittel, gegen Lehrerabbau und Schulreaktion und gegen die ideologische Vorbereitung des Krieges in den Volksschulen.

Es ist notwendig, daß überall gemeinsam mit sozialdemokratischen und Reichsbannerarbeitern ein Massensturm gegen die faschistische Kulturreaktion einsetzt. „Massenaustritt aus der Kirche!" — das muß die erste Antwort auf das Verbot der proletarischen Freidenkerorganisation sein!